

Dieter Klein

Gespaltene Machteliten



Verlorene Transformationsfähigkeit
oder Renaissance eines
New Deal?

Dieter Klein
Gesplaltene Machteliten

Dieter Klein, Prof. Dr. rer. oec. habil., Ökonom, war bis Ende 2012 Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Fellow (Transformationstheorie) im Institut für Gesellschaftswissenschaften der Stiftung. Bis zu seiner Emeritierung 1997 hatte er den Lehrstuhl Ökonomische Grundlagen der Politik am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität inne. Er gehörte zu den Begründern des Projekts »Moderne Sozialismustheorie«, das sich schon vor dem Ende der DDR 1989 für alternative Entwicklungswege einsetzte.

Dieter Klein

Gespaltene Machteliten

Verlorene Transformationsfähigkeit
oder Renaissance eines New Deal?

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Ich danke Michael Brie für wertvolle wissenschaftliche Anregungen und andere freundschaftliche Unterstützung beim Entstehen dieses Buches. Mein herzlicher Dank für stets freundliche Unterstützung bei der technischen Fertigstellung der Arbeit gilt auch Michaela Klingberg.



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Umschlaggrafik: INTERFOTO/Friedrich (Ausschnitt aus einer Illustration zum Musical »Jekyll & Hyde« in der deutschen Inszenierung von 1999)
Druck- und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-89965-695-4

Inhalt

Kapitel 1

Differenzierungen in den Machteliten und die Linke 7

- 1.1 Die Frage. Und – dürfen Linke so fragen? 7
- 1.2 Zwei unterschiedliche Machtkonstellationen 13
- 1.3 Kein progressives Potenzial mehr in den Machteliten? 17
- 1.4 SYRIZAs Chance, die schließlich keine war:
Differenzen in den europäischen Machteliten 22

Kapitel 2

New Deal – progressives Lernen der Machteliten

in großen Krisen 31

- 2.1 New Deal – Anlass zu Fragen nach der Reformfähigkeit
in den Machteliten heute 31
- 2.2 Ausgangssituation. Vor dem New Deal. Monopolkapitalismus
pur – Roaring Twentieth – Weltwirtschaftskrise 34
- 2.3 First New Deal 1933/1934 – umkämpft in den Machteliten
und zwischen Oben und Unten 49
- 2.4 Second New Deal 1935-1938 plus – fortgesetzte Kämpfe 62
- 2.5 Kulturelle Dimensionen des New Deal 72
- 2.6 New Deal und Zweiter Weltkrieg 77
- 2.7 Lehren aus der New Deal-Erfahrung 87

Kapitel 3

Differenzierungen und Lernprozesse in den US-Machteliten auf dem Feld der Sicherheitspolitik 92

- 3.1 Ausgangssituation: Atomkriegsgefahr stellt das Konzept
Sicherheit durch militärische Überlegenheit infrage 92
- 3.2 Auseinandersetzungen in den Machteliten
um Rüstungskontrolle und Abrüstung 101
- 3.3. Resultate von Rüstungskontroll- und Abrüstungs-
vereinbarungen 119
- 3.4 Abkehr von Rüstungskontrolle und Abrüstung 127
- 3.5 Zwischenfazit 131

Kapitel 4	
Was bringt die Machteliten in Bewegung?	134
4.1 Gefahren für die Kapitalverwertung	138
4.2 Druck der Subalternen – Bedingung aller progressiven Bewegung in den Machteliten	161
4.3 Globale Gefahren für die Menschheit	165
4.4 Zwischenfazit	192
Kapitel 5	
Was macht Lern- und Reformfähigkeit in den Machteliten möglich? Theoretische Überlegungen	195
5.1 Ökonomische Gesetze – aber ein breites Spektrum von Handlungsmöglichkeiten	195
5.2 Produktivkraftentwicklung und Transformationsspielräume für die Machteliten	200
5.3 Allgemeine Reproduktionsbedingungen des Kapitals als Konfliktfeld innerhalb der Machteliten	204
5.5 Ausdifferenzierung als Chance für eine postneoliberale Entwicklung	206
5.6 Die vorrangige Rolle der politischen Funktionseleiten in gesellschaftlichen Umbrüchen	208
5.7 Zwischenbilanz	214
Kapitel 6	
Von der Defensivlinken zur Transformationslinken	226
6.1 Und sie ist doch nicht abzuschreiben!	226
6.2 Zunahme von Empathie – ein linkes Hoffnungspotenzial	231
6.3 Wie übergehen zu einer machtpolitischen Offensive von links?	244
6.4 Quintessenzen zu Differenzierung und Reformfähigkeit in den Machteliten	257
Literatur.....	275

Kapitel 1

Differenzierungen in den Machteliten und die Linke

Die Zukunft der Gesellschaften rund um die Erde ist ungewiss. Wie der Lauf der Dinge vor uns sein wird, hängt entscheidend vom Handeln der Subalternen ab. Es ist an der Linken, ihren Beitrag zur Selbstermächtigung der heute Entmachteten zu leisten. Sie hat gemeinsam mit anderen demokratischen Akteuren die gegenwärtig möglichen Verbesserungen im Leben der Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen und zugleich »aus Affinität zum Stern, der sich noch unter dem Horizont befindet« (Bloch 1985: 137); zu wirken. Das heißt, dafür zu wirken, dass das heute noch Unmögliche möglich werden kann, die Überwindung des Kapitalismus.

1.1 Die Frage. Und – dürfen Linke so fragen?

Die Linke hat mit einem gravierenden Widerspruch umzugehen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit müssen einschneidende Umwälzungen in der Wirtschaftsstruktur, in den Produktions- und Lebensweisen, in der Regulationsweise, in den internationalen Beziehungen unter extremem Zeitdruck erreicht werden. Das Zeitfenster ist nur noch klein. Zumindest ein Richtungswechsel hin zu neuen Pfaden der Bearbeitung und Lösung dieser und anderer Menschheitsfragen muss nach den Studien angesehener Gremien in ein bis zwei Dekaden eingeleitet werden, wenn nicht ein point of no return bei überlebenswichtigen Prozessen überschritten werden soll. »Die Weichenstellungen dafür müssen im Verlauf dieses Jahrzehnts gelingen«, heißt es in der Studie »Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen/WBGU (WBGU 2011: 1). Aber in diesem begrenzten Zeitraum – und darin besteht der Widerspruch – werden in Europa und anderen wichtigen Erdregionen die heutigen Machteliten mit größter Wahrscheinlichkeit noch an der Macht sein, ob mit oder ohne Linksregierungen in dem einen oder anderen Land oder in mehreren Ländern.

Längst ist damit die Frage an der Tagesordnung, ob Teile der Machteliten in der Lage sein werden, sich den Krisen des 21. Jahrhunderts

auf neue Weise zu stellen. Werden unter dem Druck der ungelösten Probleme und unter dem Druck zivilgesellschaftlicher Akteure flexible Fraktionen des herrschenden Blocks Elemente einer sozial und ökologisch orientierten Transformation der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften hervorbringen oder mittragen können? Ist mit Differenzierungsprozessen im Block an der Macht zu rechnen, in deren Verlauf Teile jener Machteliten, die doch als Repräsentanten der herrschenden Eigentums- und Machtstrukturen die Hauptverantwortung für den Weg in die jüngste mehrdimensionale große Krise tragen, nun Wege aus den andauernden Krisenprozessen heraus beschreiten können?

Nach dem rücksichtslosen und erpresserischen Umgang der europäischen Machteliten mit dem griechischen Versuch, einen anderen als den neoliberalen Weg zu beschreiten, der das griechische Volk in eine humanitäre Katastrophe geführt hat, scheinen solche Fragen erledigt. Die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank, die Regierungschefs der Euroländer im Kielwasser der deutschen Regierung und des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben an Griechenland demonstriert, dass der neoliberale Dogmenkanon der Eurozonen-Regeln unabhängig davon exekutiert wird, was immer in Wahlen und Volksabstimmungen als Wille der Bürgerinnen und Bürger eines betroffenen Landes bekundet wird. Finanzmarktlogik und keine Widerworte! Das bestimmt ihre Marschroute. Die Linke in Griechenland und mit ihr die europäische Linke hat eine schwere Niederlage erlitten. Wahrscheinlich sind die Chancen einer alternativen Entwicklung in der Europäischen Union für längere Zeit nur gering. Würde angenommen werden, dass der Block der Herrschenden gar keine andere Selbsterhaltungschance als mit der gegenwärtigen Politik hätte, dann müsste die Frage nach Differenzierungen, progressiver Reformfähigkeit und Lernprozessen in den Machteliten tatsächlich fallen gelassen werden. Wenn aber der wachsende Druck ungelöster Menschheits- und Alltagsprobleme die Verlängerung des Gegenwärtigen ausschließt, dann darf eine kritische Gesellschaftsforschung und eine Überprüfung linker Strategien angesichts der Schwäche der europäischen Linken solchen Fragen auch nach den jüngsten Erfahrungen in der Griechenlandkrise nicht ausweichen. Sie sind Teil linker Transformationsforschung.

Auch wenn in der nächsten Zukunft alte und neue soziale Bewegungen, linke Parteien und Bürgerinitiativen zumindest in Europa eher Abwehrkämpfe gegen die Austeritätspolitik und gegen weitere neoliberale »Reformen« vor sich haben als den beginnenden Übergang zu einem sozialeren und demokratischeren Typ der Gesellschaft, sind doch die Verteidigung des Errungenen und das Überschreiten bisheriger Schran-

ken nicht voneinander zu trennen. Notwendige Abwehrkämpfe werden nur dann erfolgreich zu führen sein, wenn zugleich um Alternativen gekämpft wird. Diese werden aber nur durchsetzbar sein, wenn sich auch Teile der Machteliten für wichtige Seiten dieser Alternative gewinnen lassen. Stärkung der linken Kräfte und Wirken für Differenzierung und Reformöffnung in den Machteliten gehören daher zusammen. Sie sind widersprüchliche Seiten ein und derselben alternativen Strategie.

Im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde das Konzept einer doppelten Transformation entwickelt und zur Diskussion gestellt (Klein 2013; Brie 2014; Brie 2015c). Der Begriff doppelte Transformation zielt auf eine Verschränkung künftiger progressiver postneoliberaler Transformationsprozesse im bürgerlich-kapitalistischen Rahmen mit dem Beginn einer Großen Transformation über den Kapitalismus hinaus.

Dieses Konzept knüpft an der hybriden Konstitution der bürgerlichen Gesellschaft an. Wie die Gesellschaftsformationen vor ihr umfasst sie durchaus unterschiedliche, teils gegensätzliche und sich zugleich ergänzende Produktionsverhältnisse. Das Kapitalverhältnis dominiert, aber sozialstaatliche Institutionen dämpfen die Wirkungen der Profitdominanz. Ein Non-Profit-Sektor trägt zu nichtprofitablen Reproduktionsbedingungen der Gesellschaft einschließlich des Kapitals bei. Solidarische Formen des Wirtschaftens bieten Räume der Selbstermächtigung jenseits kapitalistischer Konkurrenz. Der Begriff Kapitalismus bezeichnet eine Gesellschaft, in deren hybrider ökonomischer Struktur das Kapitalverhältnis über andere Verhältnisse dominiert, zu denen auch potenziell sozialistische Elemente, Institutionen und Praxen gehören (Wright 2010: 123ff.). Thomas H. Marshall bezeichnet Gesellschaften, in denen verschiedene kontrastierende Elemente – etwa kapitalistische Marktkonkurrenz und Wohlfahrtsstaatlichkeit – miteinander verknüpft sind, als Bindestrichgesellschaften. Deren Charakter hängt von den Dominanzverhältnissen zwischen den miteinander verbundenen verschiedenen Elementen ab (Marshall 1992: 132ff.). »Den Kapitalismus in eine sozialistische Richtung zu transformieren, bedeutet die Demokratisierung der Wirtschaft [...]. In diesem Prozess bleibt die ökonomische Struktur ein Hybrid von kapitalistischen, etatistischen und sozialistischen Praxen und Verhältnissen, aber die sozialistische Dimension gewinnt an Gewicht und Zentralität.« (Wright 2015: 98f.)

Herkömmliche *Reformen* sozialdemokratischen Typs haben viele Fortschritte bewirkt. Als aber der fordistische Reformkapitalismus in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in die Krise geriet, ha-

ben sie ein neoliberales Rollback nicht verhindert. Vor allem entspricht ihre Reichweite nicht der Tiefe der erforderlichen künftigen Umbrüche, zumal sie leicht dem Herrschaftsmechanismus der Machteliten einverleibt werden. Eine *Revolution* im Sinne eines großen zeitlich gerafften Umsturzaktes ist in Deutschland und Europa weder in Sicht noch könnte sie angesichts der Größe, Kompliziertheit und Komplexität der aufgestauten Probleme schnelle Lösungen ohne langandauernde sozial-ökologische Reformprozesse versprechen. Das schließt die Möglichkeit unerwarteter einschneidender Brüche allerdings nicht aus.

Weder Reform noch Revolution in ihrer klassischen Gestalt werden die Grundprobleme der Zukunft lösen. Viel zeitgemäßer erscheint die *Transformation* als ein neuer Typ sozialen Wandels (Reißig 2009). Sie verbindet im Rahmen des Kapitalismus realisierbare Reformen und Brüche mit der Perspektive des Übergangs zu einer nachhaltigen, den Kapitalismus überschreitenden Solidargesellschaft. Sie verbindet Reform und Revolution.

Für einen längeren Zeitraum ist in Europa wahrscheinlich auch unter der notwendigen Voraussetzung weitreichender Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links im glücklichsten Falle eine progressive demokratische, stärker soziale und mehr ökologisch orientierte postneoliberale Transformation zu erwarten, die den Rahmen des Kapitalismus nicht überschreitet, ihn aber bereits in Frage stellt und beginnt, ihn zu durchbrechen. Um aber nach den Erfahrungen im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts ein konservatives Rollback eines solchen – erst noch zu erkämpfenden – progressiven Typs des Kapitalismus auszuschließen, muss die gesellschaftliche Linke umgekehrt eine Vorwärtsentwicklung stärken und alle Ansätze für Entwicklungen über den Kapitalismus hinaus ausschöpfen. Sie muss in eine kommende systeminterne postneoliberale Transformation den Einstieg in eine systemüberschreitende Große Transformation hineinholen. Das meint der Begriff doppelte Transformation.

Wenn aber der Kapitalismus selbst nach einer – vorerst noch gar nicht greifbaren – Überwindung des Neoliberalismus längere Zeit in einer hoffentlich erträglicheren hybriden Gestalt noch weiter existieren wird, ist zu fragen, welche Rolle die Machteliten dann in einer solchen Transformation spielen werden.

Werden sie sich einer postneoliberalen progressiven Entwicklung geschlossen entgegenstellen? Oder werden Teile des herrschenden Blocks

ein gewisses Maß progressiver Reformfähigkeit entwickeln? Werden sie die Flucht nach vorne antreten und progressive Übergangsprozesse unter dem Druck der Umstände und gedrängt von alternativen Akteuren mittragen oder sogar zum Teil vorantreiben, um sie für die eigene Herrschaftssicherung zu instrumentalisieren? Für den künftigen Verlauf von Transformationsprozessen ist dies eine zentrale Frage. Sie zu untersuchen ist ein wichtiges Teilgebiet sozialistischer Transformationsforschung.

Nur wer davon ausgeht, dass der neoliberale Kapitalismus unmittelbar von einer sozialistischen Gesellschaft abgelöst werden wird, mag sich um diese Frage drücken. Wenn der Übergang zu einer nachhaltigen Solidargemeinschaft als längerer Prozess zu erwarten ist, in dessen Verlauf die Bourgeoisie weiter beachtliche ökonomische Macht und politischen Einfluss haben wird, sind Überlegungen zur Anpassung des Kapitalismus an veränderte Verhältnisse wichtig. Allerdings, wenn ein künftiger demokratischer Sozialismus wahrscheinlich auf einem Mix von verschiedenen Eigentumsformen einschließlich kapitalistischen Eigentums beruhen wird, wäre es selbst unter diesen Bedingungen ein Problem, auf welche Weise und wie weit private Unternehmen in die Gestaltung einer Gesellschaftsalternative einbezogen werden können.

Linke Politik beruht notwendig immer auf einer Analyse der Klassen- und Sozialstruktur der Gesellschaft. Sie muss Differenzierungen, Interessen, Organisation und Praxen der Lohnabhängigen und der in die Prekarität Abgedrängten sowie der bürgerlichen Milieus erfassen. Selbstverständlich gehört zur Klassen- und Sozialstrukturanalyse auch die Untersuchung von Tendenzen in den Machteliten. Es gibt also gute Gründe dafür, dass Differenzierungen in den Machteliten und Fragen nach deren Reform- und Lernfähigkeiten der Gegenstand der hier vorliegenden Arbeit sind. Aber ist nicht schon die Fragestellung selbst eine Abweichung von der Regel, dass ordentliche Linke zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten den Kämpfen von unten gegen die Herrschenden oben und nichts anderem verpflichtet sind? Klaus Blessing hat stellvertretend für bestimmte Strömungen in der pluralen Linken darauf eine für ihn klare Antwort. Derlei Überlegungen »sind in Träume verpackte Ablenkungsmanöver, die das System erhalten sollen. Objektiv tun sie Letzteres ohnehin. Und es erhebt sich die Frage, ob die Verfechter derartiger Auffassungen wirklich nur politisch naiv sind oder nicht ganz andere Ziele verfolgen.« (Blessing 2015: 162) Warum also sollten ausgerechnet Linke über Lern- und Reformfähigkeit in den Machteliten nachdenken? Die weitaus meisten kritischen Publikationen über die »Super-Klasse«,

über die »0,1%«, über die »Super-Reichen« blenden Differenzierungen in den Machteliten denn auch weitgehend aus (Krysmanski 2012; Rothkopf 2009; Freeland 2013; Therborn 1978; Frank 2009). Sprechen nicht das unbelehrbare Festhalten des herrschenden Blocks an der neoliberalen Politik und verstärkt autoritäre Entwicklungen erst recht gegen die Annahme, dass Teile dieses Blocks die Fähigkeit zu einer progressiven systeminternen Transformation entfalten könnten? Die hochgradige Visionslosigkeit der Merkel-Regierung samt der SPD-Spitze ist weiß Gott keine Ermutigung zu solchen Erwartungen. Edzard Reuter, langjähriger ehemaliger Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz, beklagt das »Fehlen einer auch nur im entferntesten überzeugenden außenpolitischen Konzeption der bisherigen Bundesregierung« (Reuter 2013: 125) und insgesamt einer Vision für Europa. Über die Kanzlerin Merkel schreibt er: »Dass die Vereinigung Europas von einer begeisternden Vision getragen sein muss, das allerdings hat sie weder durch ihr Handeln noch durch ihr Auftreten jemals überzeugend zu vermitteln vermocht.« (ebd.: 124)

Die deprimierende Demontage nahezu aller von Barack Obama einst charismatisch vertretenen Reformvorstellungen spricht ebenfalls eher gegen eine den Machteliten zuzuschreibende Fähigkeit zu künftiger gerechterer Gestaltung der Gesellschaft. Auf 18 Weltklimakonferenzen haben die Spitzenpolitiker keine bindende Strategie zur Verhinderung einer Klimakatastrophe zustande gebracht. Was bekannt wurde über die weltweiten Abhörpraktiken der NSA, deutet auf die Perfektionierung antidemokratischer Herrschaftstechniken und nicht auf eine mögliche Öffnung von Machtkreisen für progressive Transformationsprozesse hin.

Der französische Ökonom Thomas Piketty hat einen zweihundertfünfzigjährigen Trend zu verstärkter sozialer Ungleichheit, zur Polarisierung zwischen Reich und Arm, zur Konzentration des Vermögens und damit auch politischer Macht bei den Superreichen und insbesondere bei den reichsten 0,1% unter ihnen empirisch belegt. Und er hat die wahrscheinliche Fortsetzung dieses Trends im 21. Jahrhundert prognostiziert (Piketty 2014). Seine Zahlen sind eine so gute Nachricht für die innersten Zirkel der ökonomischen Machteliten und eine so schlechte Botschaft für die Anhänger sozialer Gerechtigkeit, dass auch Pikettys viel beachtete Forschungsergebnisse keinen Wandel in der Politik der Herrschenden erwarten lassen – auf den ersten Blick. Jedoch – er konstatiert auch eine Unterbrechung der »Normalität« wachsender Divergenzen auf dem Feld von Lebenschancen und Macht durch eine Gegentendenz in

Europa für die Zeit von 1914 bis Anfang der siebziger Jahre, besonders für die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wenn aber der Grundtrend wachsender sozialer Ungleichheit über viele Jahrzehnte durch eine Gegentendenz zurückgedrängt werden konnte¹ – warum soll eine sozial-ökologische Gegenbewegung zur gegenwärtigen neoliberalen und finanzmarktgetriebenen Entwicklung nicht abermals durchsetzbar sein und diesmal erzwungen von einer kämpferischen Linken sogar in eine Große Transformation zu einer gerechten solidarischen Friedensgesellschaft im Einklang mit der Natur münden?

Warum, wenn die Machteliten mit dem New Deal in den USA, mit der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung skandinavischer Länder und schließlich in der gesamten OECD-Welt bis in die 1970er Jahre eine Transformation vom privatmonopolistischen Kapitalismus zu einem sozialstaatlich regulierten Monopolkapitalismus mitgetragen haben, sollten nicht Teile des herrschenden Blocks in möglichen künftigen Situationen äußerster Konflikteskalation zu einer Flucht nach vorn in der Lage sein? Warum sollten sie nicht abermals eine progressive – diesmal postneoliberale – systeminterne Transformation des Kapitalismus als Ausweg im eigenen Interesse erkennen können, wenn ihnen durch Gegenmächte ein konservativer autoritärer und antisozialer Ausweg versperrt wird?

1.2 Zwei unterschiedliche Machtkonstellationen

In absehbarer Zeit ist solche Entwicklung allerdings kaum zu erwarten. Die Linke steht in den weitaus meisten Ländern mit dem Rücken zur Wand, auch in Europa. »Sie führt wichtige Kämpfe, mobilisiert teilweise Millionen bei Demonstrationen, hat partielle Wahlerfolge, kann erfolgreiche Streiks führen. Sie ist nicht unwirksam, aber sie bestimmt nicht die Tagesordnung.« (Institut für Gesellschaftsanalyse 2009: 78) Häufig

¹ In diesem Zeitraum wurde das Vermögen der Eliten zwar durch Kriege und ihre Folgen, durch Inflation sowie durch die Weltwirtschaftskrise stark gemindert. Der von Piketty analysierte historische Trend wurde höchst destruktiv und für die Bevölkerung auf katastrophale Weise gebremst. Aber vor allem in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurden unter den Bedingungen des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus erhebliche Steigerungen der Löhne und sozialer Leistungen erkämpft. Zeitweise wirkte eine starke progressive Tendenz der Vertiefung der sozialen Ungleichheit entgegen.

gelingt es nicht einmal, errungene Standards gegen deren weiteren Abbau zu verteidigen. Die Linke versucht, der fortwirkenden Aushöhlung der Demokratie zu widerstehen. Sie leistet Widerstand gegen die wachsende Neigung zum Einsatz militärischer Gewalt. Aber nur in einer Reihe lateinamerikanischer Länder und in Südeuropa, vor allem in Griechenland und in Spanien, hat sie an Durchsetzungsmacht gewonnen. In der Europäischen Union wird zeitweilig eher die Abwehr von neuen neoliberalen »Reformen« eine zentrale Aufgabe linker Politik sein – kombiniert mit einer »Strategie der autonomen Revitalisierung« der Gewerkschaften und anderer Akteure (Goes 2015; Urban 2014: 303f.). Denn das Konzept der Herrschenden besteht in dem Versuch, in Ergänzung und Fortführung der Austeritätspolitik das Wachstum durch die Senkung der Löhne und Sozialleistungen, durch den fortschreitenden Übergang von geregelten Arbeitsbeziehungen zu prekären Beschäftigungsverhältnissen, durch die Privatisierung sozialer Leistungen anstelle öffentlicher Daseinsvorsorge und durch die Schwächung der Gewerkschaften zu stimulieren.

Diesem im Grunde längst gescheiterten, aber umso verbissener verfolgten Kurs der Herrschenden zu widerstehen, fordert den Gewerkschaften und allen anderen alternativen Kräften größte Anstrengungen ab. Es scheint angesichts dessen, als sei alles Nachdenken über offensive Strategien der heute Subalternen allzu sehr der Realität entrückt. Aber ohne die Perspektive einer eigenen Offensive der Linken und aller anderen demokratischen Kräfte werden auch Abwehrkämpfe nicht zu gewinnen sein. Der Übergang von der Defensive der Linken zu Kämpfen für eine progressive postneoliberale Transformation ist im Rahmen mindestens zwei unterschiedlicher Machtkonstellationen vorstellbar.

Eine erste Konstellation führte zu dem in diesem Buch näher zu analysierenden New Deal in den USA und zu etwa vier Dekaden andauernder wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung im OECD-Rahmen. Für die Entwicklung in den USA war charakteristisch, dass unter einem für das kapitalistische System gefährlichen Druck von Arbeitslosen, noch beschäftigten Teilen der Arbeiterklasse, kritischen Intellektuellen und notleidenden Farmern eine dem Kapitalismus verpflichtete bürgerliche Regierung die Hegemonie erlangte und sie für eine sozialstaatliche Transformation des Kapitalismus nutzte.

Eine zweite machtpolitische Konstellation als Grundlage künftiger postneoliberaler Transformationsprozesse zeichnet sich in links regierten Ländern Lateinamerikas und jüngst im Wahlsieg SYRIZAs in Griechenland ab. Das ist die Eroberung der Regierungsmacht durch eine ra-

dikal-reformerische Linke, deren strategische Vorstellungen über den Kapitalismus hinausweisen, die aber durch das zunächst erreichbare Kräfteverhältnis, durch die auch unter einer linken Regierung längere Zeit weiter existierende ökonomische Macht des Kapitals und angesichts der Fülle der nur langfristig zu lösenden Probleme für geraume Zeit auf die Kooperation eines Teils der bürgerlich-kapitalistischen Machteliten mit den linken Kräften der Gesellschaft angewiesen ist. In diesem Fall bestimmt eine Art Doppelherrschaft den Gang der Transformation. Aber die größeren Machtressourcen werden auch dann in der Regel nicht bei den Regierungen liegen. Sie müssen ihre Politik selbst nach Wahlsiegen aus der Position relativer Schwäche heraus gegenüber dem Kapital entwickeln. Das gilt für die Wirtschaft, aber auch für die Macht der alten Kräfte in den Staatsapparaten. Der Verlauf der Dinge wird auch in diesem Fall stark von der Mitwirkung beträchtlicher Teile des existierenden Machtblocks an einer neuen Politik abhängen.

Zwischen beiden Varianten der Durchsetzung einer progressiven Transformation existiert keine scharfe Trennung. Die Kämpfe alternativer Kräfte können entweder derart an Durchsetzungsmacht gewinnen, dass Linksregierungen zustande kommen, die die Führung in weiteren postneoliberalen Transformationsprozessen übernehmen und dabei an einer sozialistischen Perspektive festhalten. Oder solche Kämpfe bringen immerhin die Verhältnisse zum Tanzen, zwingen die Herrschenden sogar auf einen postneoliberalen Kurs, sind aber doch nicht machtvoll genug, um Linksregierungen hervorzubringen. Dann kommt es weiter darauf an, durch Druck auf die Herrschenden soziale und ökologische Verbesserungen zu erreichen und weitergehende Umwälzungen einzuleiten. Wann in einem solchen demokratischen Prozess der Zeitpunkt erreicht wird, zu dem eine realistische Analyse der Lage die Entscheidung linker Akteur herausfordert, Kurs auf die Erringung der Regierungsmacht zu nehmen, lässt sich nicht beliebig bestimmen. In Griechenland kündigte Alexis Tsipras im Frühjahr 2012 an, dass SYRIZA bereit sei, eine links orientierte Regierung zu führen.

Die Linke organisiert sich für eine Erneuerung der Demokratie, für menschenwürdige Löhne und Renten, für ein Bildungswesen, das allen in der Gesellschaft Chancen eröffnet, für Sozialsysteme, die allen ein Leben in sozialer Sicherheit ermöglichen, für einen starken Sektor öffentlicher Daseinsvorsorge und für die Re-Kommunalisierung von privatisierten Dienstleistungen und Unternehmen. In Lateinamerika und in anderen Regionen spielt auch die Forderung nach Land für die Landlosen eine erhebliche Rolle. Erstrangiges Gewicht in linken Gesellschaftspro-

jekten kommt der Geschlechtergerechtigkeit und einem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft zu. In einigen Ländern wie Bolivien und Ecuador gehört zu den Forderungen linker Kräfte – festgeschrieben nach einem langen und breiten populären Diskurs in den Verfassungen beider Länder – die Durchsetzung der Rechte indigener Bevölkerungsgruppen in einem plurinationalen Staat. Die Umkehr der gegenwärtigen Kollisionsspirale zum Abbau militärischer Gewalt, zu »Gemeinsamer Sicherheit«, zu Abrüstung und präventiver Konfliktbearbeitung ist ein Eckpunkt jeder linken Politik.

Die Durchsetzung eines alternativen Projekts zur Realisierung dieser und anderer demokratischer Forderungen ist ein längerer Prozess. Unter günstigen Bedingungen kann er jedoch zumindest partiell auch durch bürgerliche und linksliberale Regierungen vorangetrieben werden. Die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten sind trotz der auch dort wirkenden Gegentendenzen ein Beispiel dafür. Wenn aber der Widerstand reaktionärer neoliberaler und in manchen Ländern auch latifundistischer Kräfte stark ist, wenn die Bevölkerungsmehrheit jedoch nicht mehr bereit ist, sich der herrschenden Politik zu unterwerfen und eine Linke überzeugende Alternativen verspricht, kann die Übernahme der Regierung durch linke Kräfte auf die Tagesordnung geraten – wie dies in Venezuela, Bolivien und Ecuador und mit dem Wahlsieg von SYRIZA in Europa geschah. Selbst solche Siege bleiben aber gefährdet, wie die Entwicklung in diesen Ländern zeigt.

In Griechenland hatte die Bevölkerung die Folgen der Unterwerfung ihrer bürgerlichen Regierungen unter das Austeritätsdiktat der Troika von EU-Kommission, ECP und IWF zu erleiden. Die Lage der Bevölkerungsmehrheit verschlechterte sich radikal. Als Antwort auf die Demontage des Sozialstaats, auf Massenentlassungen, anschwellende Armut und Perspektivlosigkeit entstanden besonders in Griechenland und in Spanien neue Demokratiebewegungen mit starken von unten organisierten Solidaritätsstrukturen. Solidarische Netzwerke wie Solidarity4all in Griechenland organisierten Verbindungen zwischen bestimmten Bewegungen wie denen gegen Zwangsräumung von Wohnungen, gegen eine neue Wohnungssteuer und gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Mindestens an einem Tag in der Woche behandeln Ärzte in solidarischen Kliniken Patienten unentgeltlich. Ein Maut-Boycott gegen das verbreitete Abzocken durch private Straßenbauunternehmen weitete sich aus. Ein Hungerstreik von Eingewanderten in Thessaloniki und Athen für die Erteilung von Aufenthaltspapieren wurde durch ärztliche Hilfe, Solidaritätskonzerte und andere Aktionen bis zur Beset-

zung des Arbeitsministeriums unterstützt und führte nach sechs Wochen zum Erfolg.

Die in solchen Kämpfen entstehenden solidarischen Strukturen verblieben nicht bei einzelnen konkreten Hilfsaktionen, sondern verdichteten sich zu einer politischen Bewegung. Wenige Tage nach der Besetzung der Puerta del Sol durch die Indignados, die Empörten in Spanien, wurde der Syntagma-Platz in Athen besetzt. Das war der Anfang einer zweimonatigen Bewegung zur Besetzung öffentlicher Plätze im ganzen Land, gerichtet gegen die Kürzungspolitik und auf die Rückeroberung und Erneuerung der Demokratie. In Vollversammlungen, an denen abendlich in Athen bis zu 5.000 Menschen teilnahmen, kristallisierten sich die wichtigsten Forderungen des Volkes heraus und es entstand ein neues politisches Subjekt (Candeias/Völpel 2014: 169). SYRIZA war von Beginn an in allen diesen Strukturen der Selbstermächtigung beteiligt. Ihr Wahlsieg am 24. Januar 2015 ging aus ihrer Verankerung in der Bewegung der Empörten hervor.

Offen ist, ob sich postneoliberale progressive Transformationsprozesse künftig nicht mehr anders als auf dem Weg der Gewinnung starker linker Regierungsmacht vollziehen werden. Ein zweite Möglichkeit wäre, wenn bürgerliche Regierungen angesichts für sie selbst bedrohlicher Probleme, die innerhalb neoliberaler Verhältnisse nicht zu bewältigen sind, und unter starkem Druck von links noch zu wesentlichen postneoliberalen Wandlungen des Kapitalismus fähig sein werden.

1.3 Kein progressives Potenzial mehr in den Machteliten?

Da seit dem Sieg der neoliberalen Variante des Kapitalismus in den 1980er Jahren eine postneoliberale Entwicklung ausschließlich als Projekt linker Regierungen auf die Tagesordnung geriet, ist zu fragen, ob sich die neoliberalen Grundstrukturen derart verfestigt haben, dass sie zumindest innerhalb des herrschenden Machtblocks ein Nachdenken über andere kapitalistische Entwicklungen gar nicht mehr zulassen. Im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften wäre dann nur noch unter einer linken politischen Hegemonie eine demokratischere, sozialere und stärker ökologische Entwicklung vorstellbar. Eine Führung systeminterner progressiver Transformation durch Teile der Machteliten wie in der New Deal-Periode und wie beim Übergang zu einem mehr oder weniger sozialstaatlich regulierten Kapitalismus (Fordismus) in der gesamten OECD-Welt in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wäre

dann künftig in der Regel nicht mehr zu erwarten, auch nicht als Reaktion auf ein für die Eliten gefährliches Erstarken der Linken oder auf heftigste Erschütterungen des Systems. Die Erfahrung der jüngeren Zeit ist, dass selbst ein verstärkter Staatsinterventionismus und Teilkorrekturen wie in Deutschland der Ausstieg aus der Kernenergie, das Vorhaben der Energiewende, die Einführung eines Mindestlohns, das ausgeweitete Kita-Angebot oder mehr Rechte für gleichgeschlechtliche Partnerschaften der Anpassung des neoliberalen Kapitalismus an veränderte Bedingungen untergeordnet werden.

Dafür, dass mit einer nennenswerten Rolle von Teilen der Machteliten in einer postneoliberalen Wende kapitalistischer Entwicklung künftig viel weniger zu rechnen ist als seinerzeit beim Übergang vom überwiegend privatmonopolistisch/oligopolistisch regulierten Kapitalismus zum Fordismus, sprechen unter anderem folgende Umstände:

- Im internationalen kapitalistischen Machtgefüge haben transnationale Unternehmen in Produktion und Dienstleistungen und mehr noch die weltweit agierenden Finanzmarktakteure zentrales Gewicht gewonnen. Ihr Handeln wird von globaler Verdrängungskonkurrenz und auf den Finanzmärkten, trotz aller staatlichen Regulierungsansätze, von hochgradiger Deregulierung bestimmt. Die geplante Transatlantische Freihandelszone (TTIP) soll die Souveränität und Interventionskapazität von Staaten zugunsten transnationaler Unternehmen gravierend schwächen (u.a. Neelsen 2014; Hilary 2014). George Soros, Milliardär, lange Zeit an der Spitze eines der erfolgreichsten Investmentfonds der Welt, der Quantum-Group, und oft als König der Spekulanten bezeichnet, hat diese Grundkonstellation treffend beschrieben: »Als Marktteilnehmer versuche ich, meinen Profit zu maximieren. Als Bürger bin ich an sozialen Werten interessiert, an Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit oder was auch immer – all diesen Werten können Marktteilnehmer keinerlei Ausdruck verleihen.« (Soros 1998: 25) »Geld. Am Ende, darüber sollten wir uns keine Illusionen machen, dreht sich alles um Profit und Reichtum.« (ebd.: 151) Natürlich war das in der Geschichte des Kapitalismus immer so. Aber die Globalisierung und Finanzialisierung haben den Mechanismen der Kurzfristigkeit, der sozialen und ökologischen Rücksichtslosigkeit noch stärkere Durchschlagskraft verliehen.

Im Unterschied zur Zeit des New Deal, der Herausbildung der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und der fordistischen Nachkriegszeit haben die Staaten durch ihre gewachsene Abhängigkeit von Investitionsentscheidungen transnationaler Unternehmen und von inter-

nationalen Kapitalflüssen, von Exit-Optionen der Unternehmen und Konditionen auf den internationalen Kapitalmärkten in erheblichem Maße politische Souveränität verloren. Ihre Fähigkeit, dem privaten Kapital auf nationaler Ebene Bedingungen und Grenzen zu setzen, ist nicht verschwunden, wohl aber reduziert. In kleinen Staaten tendiert sie, wie der Fall Griechenland zeigt, gegen Null. Sie wird durch die Fülle internationaler und transnationaler Institutionen keineswegs kompensiert (Wahl 2014). In den ökonomischen und politischen Machtzirkeln sehen selbst nachdenkliche Führungspersönlichkeiten oft keine Alternative zur marktradikalen und finanzmarktgetriebenen Entwicklung, auch wenn ihnen deren destruktive Folgen durchaus bewusst sind.

In einem Diskussionskreis einer Forschungsabteilung des Daimler-Benz-Konzerns unter höheren Managern und Unternehmenseigentümern habe ich ein für mich erstaunlich weitgehendes kritisches Bewusstsein über soziale Ungleichheiten, menschenunwürdige Lagen breiter Bevölkerungsteile und ökologische Gefahren beobachten können. Der Versuch einer Diskussion über Alternativen geriet jedoch mit Verweis auf Marktzwänge, beispielsweise auf die vierteljährliche öffentliche Präsentation von Unternehmensergebnissen unter dem Erwartungsdruck der Aktionäre, von vornherein ins Abseits.

Altbundespräsident Richard von Weizsäcker nahm nach seiner Amtszeit mehrere Jahre hindurch an den in halbjährigem Abstand stattfindenden Wochenend-Diskussionen eines kleinen Kreises von PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen aus Ost- und Westdeutschland teil. Mit Respekt erinnere ich mich an die kollegiale Art seiner Beteiligung an den Gesprächen, an seine klaren analytischen Beiträge und seine Suche nach Auswegen aus den ungelösten gesellschaftlichen Problemen, die er in diesem Kreis ohne Scheu benannte. Aber in der Suche nach Auswegen teilte er die Ratlosigkeit anderer. Zu gut kannte er die Pfadabhängigkeit im Denken und Handeln der Machteliten.

- Eine sozial orientierte Reformfähigkeit des Kapitalismus ist im Vergleich zu den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg durch das Ende der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus erheblich reduziert worden. Trotz der strukturellen Grunddefizite der Staatssozialismus, die schließlich zu seiner Implosion führten, hatte er zuvor durch die bloße Existenz einer Alternative den westlichen Machteliten dauernden Anlass zu sozialer Bändigung der kapitalistischen Konkurrenz mit ihren destruktiven Wirkungen ge-

geben. Die Militärmacht der Sowjetunion hatte in kritischen Situationen risikobewusste Fraktionen westlicher Führungskreise trotz des Wettrüstens zu militärischer Zurückhaltung veranlasst. Die Entwicklungsländer sahen sich in Interessenkonflikten mit westlichen Industrieländern durch Rückhalt vor allem in der Sowjetunion begünstigt – trotz des Misserfolgs von Versuchen sozialistischer Entwicklung in einigen Ländern der Dritten Welt.

Mit dem Ende des Staatssozialismus verschwand für die einstweiligen Sieger in der Blockkonfrontation der äußere Impuls, den Profitmechanismus sozialstaatlich zu zügeln. Der Übergang vom sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zum neoliberalen Kapitalismus erhielt zusätzlichen Schub. Gemäßigte Kräfte im herrschenden Block wurden von marktradikalen Fraktionen zurückgedrängt. Die internationale Linke hat die Möglichkeit des Verweises auf die Realität sozialer Sicherheiten, von Bildungsgerechtigkeit, Kinderfreundlichkeit, Frauenerförderung und anderen progressiven Zügen des Sozialismus verloren. Aber sie ist auch befreit von der Diskreditierung sozialistischer Ideale durch die strukturellen Freiheits- und Demokratiedefizite und die wirtschaftliche Leistungsschwäche des Staatssozialismus. Sie kann sich ohne diese Belastung als demokratische Linke frei entfalten.

- Der gegenwärtige Kapitalismus ist zutiefst krisenhaft, zugleich jedoch von erstaunlicher Durchhaltekraft. Colin Crouch gab einem seiner Bücher, das nach der jüngsten Mehrfachkrise erschienen ist, den Titel »Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus« und fragte, »wie es zu dem überraschenden Ergebnis kommen konnte, dass der Neoliberalismus nicht untergegangen ist.« (Crouch 2011: 12) Die Ursachen dafür gehören zugleich zu den Gründen, die dagegen sprechen, künftig von den Machteliten eine führende Rolle beim Übergang zu einer progressiveren Gestalt des Kapitalismus zu erwarten. Neben den eben genannten Zusammenhängen gehören dazu das Ausmaß und die Intensität neoliberaler Durchdringung aller Sphären der Gesellschaft. Die Unterwerfung unter die Märkte ist allgegenwärtig. Marktcompatibel zu sein, prägt das normale Alltagsverhalten. Die Suggestion, dass es anders nicht geht, ist nicht allein in den Machteliten, sondern auch in der Bevölkerung tief verinnerlicht. Vom Kindergarten an bestimmt die Vorbereitung auf die Selbstvermarktung die Erziehung und Bildung der jungen Generation. Krankenhäuser verwandeln sich zunehmend in profitorientierte Unternehmen. Demokratie soll, wie Kanzlerin Merkel bekräftigte, marktkonform funktionieren. Europa wird nach dem Maßstab organisiert, ob die Politik der

EU von »den Märkten« gutgeheißen oder missbilligt wird. Der Neoliberalismus steckt der Gesellschaft in allen Poren und hat sie trotz aller Innovationskraft im Einzelnen in statische Plastinate verwandelt wie Gunter von Hagens seine Leichen.

Trotz dieser und anderer Umstände, die wenig Anlass geben, auf eine dominante Rolle von Teilen der Machteliten in einem möglichen künftigen Übergang zu postneoliberalen progressiven Transformationsprozessen zu rechnen, ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich Fraktionen des herrschenden Machtblocks durch die Explosivkraft ungelöster gesellschaftlicher Probleme abermals zu einer aktiven Politik der Transformation zu einer progressiveren Variante des Kapitalismus gedrängt sehen könnten (siehe Kapitel 2). Beispielsweise kann der im Auftrag der Bundesregierung entstandene Bericht »Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) durchaus als eine nachdrückliche prominente Empfehlung zu solchem Richtungswechsel verstanden werden (WBGU 2011).

Die Linke hat sich also auf beides einzustellen: Darauf, dass sie gestützt auf eine – derzeit nicht existierende – massenhafte Wechselstimmung selbst die Regierungsmacht übernehmen muss, um die Gesellschaft auf einen alternativen sozialökologischen Pfad zu führen. Aber auch darauf, dass Teile des herrschenden Blocks – wenn ihnen der Rückgriff auf offen autoritäre Herrschaftsformen versperrt wird – ihrerseits selbst die Flucht nach vorn ergreifen, ähnlich dem Übergang zum Fordismus. Ständig droht jedoch die Fortsetzung der Gegenwart, dass es den Machteliten im schlechtesten Fall gelingt, mit Modifikationen am neoliberalen Kapitalismus festzuhalten. Dann wird die Linke Mühe haben, in Abwehrkämpfen auch nur eine weitere Verschlechterung der Lage für große Teile der Bevölkerung und eine andauernde eigene Schwäche abzuwenden.

Aber auch in Ländern, in denen die Linke Regierungsmacht erringt, erhält die Frage, ob und wie weit Teile der Machteliten in der Lage sind, sich von einem vorherrschend konservativ-neoliberalen Kurs zu lösen, erstrangige Bedeutung. Denn mit einer linken Regierung ist keineswegs die ökonomische Macht des Kapitals und dessen Einfluss auf den Staatsapparat, die Politik und die Medien verschwunden. Der Sturz der linksorientierten Regierung Allende in Chile durch einen von den US-Geheimdiensten gestützten Militärputsch war schon seit langem durch die Obstruktionspolitik des nationalen und internationalen Kapitals vorbereitet worden (Klein 2015). In Brasilien dagegen wirkte lange auch eine

andere Tendenz (Wahl 2015b). Dort hat sich eine interne Großbourgeoisie herausgebildet, die gegen die traditionelle Abhängigkeit vom Auslandskapital aufbegehrte und die sich trotz ihrer eigenen internationalen Verflechtung in Konkurrenz zu ausländischen transnationalen Unternehmen und zu Akteuren des internationalen Finanzkapitals befindet (Boito 2012). Der Anteil der internen Bourgeoisie am Wirtschaftsvolumen Brasiliens wuchs auf 44% im Jahr 2009 an. Nach der Analyse Armado Boitos ging die Hegemonie innerhalb der bürgerlichen Klasse Brasiliens von den stark an das transnationale Kapital gebundenen und abhängigen Eliten an die interne Großbourgeoisie über und führte zur politischen Aufwertung einer neodesarrollistischen Politik gegenüber einer rein neoliberalen Politik (Boito 2013).

Die nach dem Wahlsieg Ignácio Lula da Silvas im Oktober 2002 entstandene Mittel-Links-Regierung konnte sich auf eine starke partielle Überlagerung der Interessen von interner Bourgeoisie, Mittelschichten, Teilen der urbanen Arbeiterklasse und großen Teilen der Bauernschaft stützen. Auch die Mitte-Links-Regierung Dilma Rousseffs ist eine breite Koalitionsregierung unter Beteiligung bürgerlicher Kräfte. Es liegt allerdings in der Natur bürgerlicher Klasseninteressen, dass solche Allianzen viele Widersprüche und innere Kämpfe einschließen und daher brüchig sind. Das äußert sich gegenwärtig »in der Entscheidung der internen Bourgeoisie, die Allianz mit der PT-Regierung aufzukündigen und die sogenannte Frente Desenvolvimentista (Entwicklungsfront) zu verlassen.« Eine Neuformierung der Bourgeoisie vollzieht sich, »die eine Annäherung oder gar Fusion zwischen Industrie- und Finanzkapital widerspiegelt. Es erfolgte eine Verschiebung innerhalb der brasilianischen Bourgeoisie, die eine starke Orientierung auf das internationale Finanzkapital mit sich brachte.« (Boris/Wahl/Schützhofer 2015: 19f.)

1.4 SYRIZAs Chance, die schließlich keine war: Differenzen in den europäischen Machteliten

In Griechenland hat die regierende Linkspartei SYRIZA versucht, einen weitaus radikaleren Kurs als die Regierungen Lula und Rousseff in Brasilien durchzusetzen. In Griechenland ist in den hochkorrupten alten Machteliten auch im Angesicht großer Not des Volkes kein Einlenken der Oligarchen, keine Akzeptanz eigener Steuerpflicht auf Seiten der Superreichen, keine Spur von Verantwortung für minimale soziale Sicherungssysteme zu erkennen. Die Konsequenz für SYRIZA war, selbst Re-

gierungsverantwortung auf dem Weg durch Wahlen zu übernehmen. Zu den ersten Amtshandlungen der neuen Linksinregierung gehörten Entscheidungen zum Stopp der Privatisierungsvorhaben, vor allem der Privatisierung der Öffentlichen Elektrizitätsgesellschaft (DEI) und der Betreiber-gesellschaft des Hafens von Piräus, zur Wiederanhebung des Mindestlohnes, zur Wiedereinstellung entlassener öffentlich Bediensteter, zur Abschaffung der Sondersteuern auf Heizöl und Immobilien. Das erste Gesetzespaket des griechischen Parlaments zur Minderung der humanitären Krisen sollte im Jahr 2015 Kosten von 200 Millionen Euro verursachen und vor allem Armen Hilfe mit Lebensmittelscheinen und kostenfreier Stromversorgung bieten. Aber schnell musste die neue Regierung Abstriche von der Ablehnung jeder Privatisierung machen und ihre sozialen Vorhaben unter Finanzierungsvorbehalt stellen. Mit der erpressten Zustimmung des griechischen Regierungschefs und des Parlaments in Athen am 13. Juli 2015 zu noch härteren antisozialen Reformauflagen der Gläubiger Griechenlands als zuvor verkehrte sich der Aufbruch in Griechenland in eine Niederlage – mit nur wenigen Ansätzen für ein gegenläufiges Handeln der zweiten Regierung Tsipras. Die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank, der IWF und die meisten nationalen Regierungen, voran die deutsche, knüpften die weitere Unterstützung Griechenlands an die Fortsetzung der neoliberalen Sparpolitik. Aus ihrer Sicht darf der griechische Ausbruchversuch aus der Austeritätspolitik nicht erfolgreich sein, »weil sonst zu befürchten ist, dass die Griechen für ihren permanenten Regelbruch belohnt werden und damit die radikalen Kräfte in ganz Europa Auftrieb erhalten.« (Die Welt 10.3.2015) Marc Aurel, Kaiser des römischen Weltreichs von 161 bis zum Jahr 180, hielt selbst im Rahmen einer Monarchie mehr Freiheit für das Volk erstrebenswert als den Griechen heute von ihren Gläubigern zugestanden wird:

- »Severus verdanke ich ... die Vorstellung von einer auf Gleichheit
- und Redefreiheit beruhenden bürgerlichen Verfassung und einer
- Monarchie, der die Freiheit der Untertanen über alles geht.« (Aurel 1954: 5)

Kontinuität des neoliberalen Kurses in der Eurozone und in der Europäischen Union oder Einstieg in eine Gesellschaftsalternative des Bruchs mit dem Neoliberalismus – darum ging es in Griechenland. Deshalb reichte die Legitimation der Regierung Tsipras durch demokratische Wahlen nicht aus. Ihr Sieg über die eigenen nationalen Konservativen

drohte von vornherein durch die Phalanx der internationalen Machteliten erstickt zu werden. Diese unternahmen alles ihnen Mögliche, um SYRIZA an der Erfüllung ihrer Wahlversprechen zu hindern und der griechischen Linken dadurch den Rückhalt im Volk zu entziehen.

Die neue griechische Regierung war daher von Beginn an gezwungen, parallel zur Ankündigung erster sozialer Reformschritte im Inland in einen Verhandlungsmarathon mit der EU-Kommission, der EZB, dem IWF und den Spitzenvertretern einzelner Länder einzutreten, um Abstriche von der herrschenden Austeritätspolitik, Erleichterungen des Schuldendienstes, Kredite ohne antisoziale Auflagen und einen mehrmonatigen Zeitgewinn für den Einstieg in ein eigenes sozial-ökologisches Reformprogramm zu gewinnen.

Selbst wenn in einem Land oder in mehreren die Linke Regierungsmacht erobert, entfällt damit nicht, dass der weitere Verlauf der Dinge in hohem Maße davon abhängig ist, wie die alten internationalen Machteliten reagieren.

Werden deren innere Differenzen und Widersprüche alternativen Transformationsprozessen Raum zur Entfaltung lassen? Oder werden die internationalen neoliberalen Mächte progressive Entwicklungen um jeden Preis verhindern?

Nach dem Wahlsieg von SYRIZA in Griechenland war klar, dass die neue Regierung bei einer Staatsverschuldung von 322 Milliarden Euro Ende 2014, das heißt bei einer Schuldenquote von über 175% des Bruttoinlandsprodukts, nicht ohne Kompromissbereitschaft innerhalb des herrschenden Blocks in Europa eine Chance hätte. Sie musste um ein Mindestmaß an Toleranz gegenüber dem neuen politischen Kurs ringen.

Dabei war nicht Verständnis oder gar Sympathie für den Bruch Griechenlands mit der Austeritätspolitik von der Troika und ihren nationalen Protagonisten zu erwarten. Die Frage war lediglich, ob massive eigene ökonomische und politische Interessen der europäischen Machteliten für Kompromisse mit der Linken in Griechenland sprechen würden. Ob das eigene Herrschaftsinteresse mit solchen Kompromissen besser wahrzunehmen wäre als ausschließlich geleitet von neoliberaler und finanzmarktbestimmter Dogmatik. Manche Zeichen deuteten in den Monaten zwischen dem ersten Wahlsieg SYRIZAs und dem erneuten Austeritätsdiktat über Griechenland vom 13. Juli 2015 auf Meinungsunterschiede in den europäischen Machteliten in dieser Frage hin.

Immerhin würde ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone vor aller Welt deren Unfähigkeit dokumentieren, selbst ein so kleines Land – und zudem noch eine der Wiegen Europäischer Kultur und Demokratie – zu stabilisieren und im geeinten Europa zu halten. Der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeber (BDA) beispielsweise warnte denn auch vor einem erzwungenen Austritt Griechenlands aus der Eurozone. Ein Grexit könnte mitten in der Europäischen Union zu einem failing state führen, wahrscheinlich verbunden mit einem Aufwind für Nationalismus, Rechtsextremismus, Neonazismus und Rassismus. Die geopolitische Folge wäre, dass die Südflanke von NATO und EU außer Kontrolle geraten könnte. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung war zu lesen: »Das Ende mit Schrecken könnte sich wieder in einen Schrecken ohne Ende verwandeln, nur in einen anderen: in ein Armenhaus, das von selbst nicht wieder auf die Beine kommt, dafür aber einen Schuldigen braucht. Wohin ein vom Umstellungsschock getroffenes und für Verschwörungstheorien empfängliches Griechenland, das immer noch EU- und NATO-Mitglied wäre, geraten würde, kann niemand mit Sicherheit sagen. Wem ein solcher Irrläufer an der Südostflanke von EU und NATO sehr gelegen käme, weiß man dagegen schon.« (FAZ 23.2.2015)

Ökonomisch würde eine Politik der Europäischen Union, die den Staatsbankrott Griechenlands nicht aufhält, zum definitiven Verlust des größten Teils der bisher vergebenen Kredite und der Bürgschaften führen, die Griechenland gewährt wurden. Deutschland beispielsweise hat mit rund 50 Milliarden Euro gebürgt und hat einen Anteil von 15,2 Milliarden an der Kreditsumme von 52,9 Milliarden Euro, die von Euro-Staaten an Griechenland vergeben wurde. Größter Gläubiger Griechenlands ist der Europäische Rettungsschirm EFSF, der Griechenland 141,9 Milliarden Anleihen gewährt hat. Seinem Kapitalanteil an diesem Fonds entsprechend hätte Deutschland 25% der Verluste zu tragen, wenn Griechenland zahlungsunfähig wird. Die Rechnung würden die Steuerzahler begleichen müssen.

Zwar wurde verbreitet damit gerechnet, dass eine griechische Staatspleite andere Länder kurz- und mittelfristig nicht in den Abgrund reißen würde (Bischoff/Radke 2015: 29-35). Längerfristig würde jedoch die nachwirkende Erfahrung des Staatsbankrotts eines Eurozonen-Mitglieds dazu führen, dass für andere schwächelnde Länder in Krisensituationen der Zugang zur Finanzierung auf den internationalen Kapitalmärkten erheblich teurer wird – mit allen bekannten Krisenfolgen. Die Währungsunion wäre erneut einer Destabilisierung ausgesetzt. Auch ökonomisch wäre also ein durch Griechenlands Gläubiger erzwungener

Ausstieg des Landes aus der Eurozone mit erheblichen Verlusten und Gefahren verbunden.

Zwar ist die neoliberale Kombination von Austeritätspolitik und »Reformen« des Arbeitsmarktes zur Erzwingung von Mehrleistung unter dem Druck verschlechterter Arbeitsbedingungen und Prekarisierung einerseits und der Versuch der griechischen Regierung andererseits, dem eine soziale und ökologische Perspektive entgegenzusetzen, grundsätzlich unvereinbar. Gleichwohl knüpfte die Verhandlungsstrategie der von SYRIZA geführten griechischen Regierung auf dem internationalen Parkett an realen Interessen innerhalb der internationalen Machteliten an, Griechenland eben doch nicht in eine noch tiefere humanitäre Katastrophe zu stürzen und den finanzmarktgetriebenen Kurs in der Europäischen Union nicht zu überspannen.

Schon lange regt sich in europäischen Regierungskreisen Kritik an der einseitig angebotsorientierten EU-Politik zulasten einer auch auf der Stärkung der Nachfrage durch höhere Einkommen und durch staatliche Investitionen beruhenden Politik. In einer Titelstory des »Spiegel« heißt es: »Heimlich aber hoffen viele in Europa, dass der Schock der Griechenlandwahl die Kräfteverhältnisse ins Wanken bringen werde. Frankreichs Präsident François Hollande drängt schon seit seinem Amtsantritt darauf, die Schuldengrenze etwas lockerer zu handhaben. Er hat dabei nicht nur Italiens Ministerpräsidenten Matteo Renzi auf seiner Seite, sondern auch Jean-Claude Juncker, den Chef der EU-Kommission.« (Der Spiegel 6/2015: 19)

Juncker will die Marktmechanismen durch ein Investitionsprogramm der EU-Kommission im Umfang von 315 Milliarden Euro ergänzen. Martin Schulz, der EU-Parlamentspräsident, äußerte sich in einem Spiegel-Interview dazu, man könne darüber reden, »wie wir aus dem neuen 315-Milliarden-Programm der EU-Kommission Investitionen nach Griechenland schaffen.« (ebd.: 28) Zwar warnte auch er Tsipras vor Abstrichen von dem Griechenland aufgezwungene Reformprogramm, konzedierte aber im Gegensatz zum deutschen Finanzminister Schäuble und Bayerns Finanzminister Söder vor dem wichtigen Sondertreffen der Eurogruppe im Februar 2015, auf dem eine Einigung über die Verlängerung des Kreditprogramms für Griechenland um vier Monate erfolgte, dass die Athener Regierung bereits einen großen Schritt auf die EU zugegangen sei. (neues deutschland 21./22.2.2015). Auf Junkers Initiative hin erfolgte auch die Zusage der EU-Administration, Griechenland durch bessere Ausnutzung des EU-Strukturfonds und anderer EU-Quellen zwei Milliarden Euro für den Kampf gegen die Armut zur Verfügung zu stel-

len. Dabei spielte auch das Interesse des EU-Kommissionsvorsitzenden eine Rolle, mit dem Verbleib Griechenlands in der Eurozone eine Renationalisierung der Politik in Europa und eine Schwächung der Kommission samt ihres Brüsseler Apparates zu vermeiden, die von einem Grexit zu erwarten wäre.

Die EZB, die in der Troika eine überwiegend unnachgiebige Haltung vertritt und unter anderem die griechischen Banken aufforderte, den Kauf von griechische Staatsanleihen nicht weiter zu erhöhen, trug zugleich den Interessen gemäßiger Kräfte in den europäischen Machteliten Rechnung, indem sie griechischen Banken Notkredite (ELA) in Höhe von 86 Milliarden Euro (Stand Mitte Juni 2015) einräumte.

Im Gegensatz zur Haltung Finanzminister Schäubles würdigte der französische Finanzminister Sapin in einer gemeinsamen Pariser Pressekonferenz mit Yanis Varoufakis die »seriösen und durch Zahlen unterlegten Argumente« des griechischen Finanzministers und sprach sich für neue Vereinbarungen mit Griechenland aus, die »die Lasten erträglicher machen« (neues deutschland 5.2.2015). Unter Ausnutzung solcher Positionen erreichten die griechischen Vertreter in den Verhandlungen mit den Gläubigern Griechenlands beispielsweise, dass die Finanzminister der Euro-Gruppe am 20. Februar 2015 die ursprüngliche Forderung nach einem von Griechenland zu erreichenden Primärzuschuss von 4,5% des Bruttoinlandsprodukts durch das Verlangen nach einem »angemessenen Primärüberschuss« korrigierten. Eine Herabsetzung des zu erwirtschaftenden Haushaltsplus ohne Zinszahlungen und Tilgungen bedeutet aber, den Druck zu weiteren Ausgabenkürzungen im griechischen Staatshaushalt etwas zu lockern – im Gegensatz zu den Forderungen der Hardliner in den europäischen Machteliten.

Es gab also nicht nur keinen anderen Ausweg, sondern auch gute Gründe für SYRIZA, auf Differenzierungs- und Lernprozesse in den Machteliten Europas zu setzen. Auf Umwegen könnten deren eigene Interessen eine historische Gelegenheit für progressive Transformationsprozesse in Griechenland zulassen. Dies war die Hoffnung. Yanis Varoufakis argumentierte daher: »Ein griechischer oder portugiesischer oder italienischer Ausstieg aus der Eurozone würde bald zu einer Fragmentierung des europäischen Kapitalismus führen mit einer in einer starken Rezession steckenden Überflussregion östlich des Rheins und nördlich der Alpen, während der Rest von Europa sich im Griff einer unerträglichen Stagflation befände. ... Falls das heißt, dass wir, die angemessen unorthodoxen MarxistInnen, den europäischen Kapitalismus vor sich selbst retten müssen, dann ist es halt so. Nicht aus Liebe für den euro-

päischen Kapitalismus, für die Eurozone, für Brüssel oder die Europäische Zentralbank, sondern weil wir die menschlichen Opfer dieser Krise möglichst gering halten wollen.« (Varoufakis 2015)

Mit anderen Worten, SYRIZA zielte auf einen postneoliberalen sozialeren Typ des Kapitalismus. In den Verhandlungen mit den internationalen Gläubigern Griechenlands versuchte die griechische Regierung, nach dem Wahlsieg der Linken zumindest im eigenen Land den Einstieg in eine progressive systeminterne Transformation zu ertrotzen – in der Hoffnung, dass der Funke des Umbruchs in Griechenland auf andere Länder übergreifen, dass die Linke in wichtigen Teilen Europas ihre Regierenden an der Unterwerfung Griechenlands unter das Troika-Diktat hindern und vielleicht sogar eine Richtungsänderung der gesellschaftlichen Entwicklung einleiten könnte.

Diese Hoffnung erwies sich als nicht realistisch. Das griechische Parlament, die Mehrheit der SYRIZA-Abgeordneten und die bürgerlichen Oppositionsparteien stimmten schließlich neoliberalen Reformen zu, die die Lage der Bevölkerungsmehrheit noch weiter verschlechtern werden. Alexis Tsipras und seine Anhänger taten dies in dem vollen Bewusstsein, »Ja« zu einer falschen Politik zu sagen. Sie hatten die Wahl, damit ein drittes Hilfspaket in der Hoffnung zu erkaufen, einen kleinen, von den Gläubigern zugebilligten Anteil des neuen Milliardenkredits für Investitionen einsetzen zu können. Dies mit dem Ziel, die Arbeitslosigkeit von 25% der Arbeitssuchenden zu verringern, die verzweifelte Lage von 2,5 Millionen Griechen unterhalb der Armutsschwelle und weiterer 3,8 Millionen an der Armutsgrenze entlasten und den Zusammenbruch des Gesundheitswesens überwinden zu können. Sie hielten die Alternative für unverantwortbar: das ungeordnete Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone, abgeschrieben von den Anlegern auf den internationalen Finanzmärkten, nicht einmal geschützt durch die Furcht der europäischen Machteliten vor der Desavouierung ihres Europakonstrukts, noch mehr als ohnehin der Willkür des internationalen Kapitals und der exemplarischen Bestrafung für den Versuch des Ausbruchs aus den Dogmen des Marktradikalismus ausgeliefert. Alexis Tsipras erklärte daher vor dem griechischen Parlament zu der knebelnden Vereinbarung der europäischen Institutionen und des IWF mit Griechenland: »Ich übernehme die Verantwortung für einen Text, an den ich nicht glaube, aber den ich unterzeichnet habe, um ein Desaster des Landes zu vermeiden.« (neues deutschland 21.7.2015) Hans-Dieter Schütt schrieb über diese dramatisch widersprüchlichen Vorgänge, »die weit über den griechischen Kasus hinausweisen«: »Zerrissenheit leben; denken, was man will – aber nicht

umsetzen können, was man denkt, demnach: tun müssen, was andere wollen. Einknicken, im Dienste des aufrechten Ganges.« (ebd.)

Der Weg aus der dramatischen Wirtschaftskrise Griechenlands, aus der Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital und seiner politischen Klasse und aus einer tiefen humanitären Krise bis zu erkennbaren Konturen einer alternativen Entwicklung wird lang und steinig sein. Ein neuer Anlauf zur Überwindung der Austeritätspolitik in Europa wird nur gelingen, wenn starke Mitgliedstaaten der Europäischen Union sich in kommenden Krisen des neoliberalen Entwicklungswegs durch erstarrende alternative Akteure genötigt sehen werden, zu einer postneoliberalen Politik überzugehen. Welche Umstände dies bewirken könnten, wird in Kapitel 4 zu problematisieren sein. Für den Gegenstand der hier vorliegenden Schrift birgt die Entwicklung in Griechenland eine wichtige Grunderfahrung.

Selbst wenn in einem Land oder in mehreren die Überwindung der neoliberalen Gestalt des Kapitalismus, geführt durch eine Linksregierung, in Angriff genommen wird, sind die Linken angesichts des übermächtigen transnationalen Kapitals auf Divergenzen innerhalb des herrschenden Blocks zu ihren Gunsten angewiesen. Die Entwicklung wird dann stark davon abhängen, ob die Eroberung eines Teils der politischen Macht durch die Linke zusammenfällt mit einem derartigen im neoliberalen Rahmen nicht zu bewältigenden Druck von Gefahren und ungelösten Problemen, dass die Herrschenden ohnehin nach neuen Wegen suchen. Internationale Solidarität wird dann zur alles entscheidenden Frage für weiteren Fortschritt.

Doch diese internationale Unterstützung für Griechenland hat es nur in Ansätzen gegeben.

Unter welchen Bedingungen auch immer: Entscheidend für künftige Transformationsprozesse wird die Stärkung der Linken und breiter postneoliberaler Bündnisse sein. Aber zugleich wird den Veränderungen auf der Gegenseite, den Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse über künftige Strategien und Wege, großes Gewicht zukommen. Darin besteht die aktuelle Bedeutung der hier vorliegenden Arbeit und des in den folgenden Kapiteln enthaltenen Rückblicks auf historische Prozesse, in denen die Fähigkeit eines Teils der Machteliten manifest wurde, über die herkömmliche Gestalt und Politik des Kapitals hinauszugehen.

In der hier vorliegenden Arbeit werden zwei Zeitspannen kapitalistischer Entwicklung besichtigt, in deren Verlauf Teile des Unterneh-

mertums und mehr noch Teile der politischen Funktionselite mit den gewohnten Wegen und Strategien gebrochen haben – allerdings im Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und vor allem mit dem Ziel, die eigene Herrschaft unter den veränderten Bedingungen zu sichern. Zu untersuchen ist der New Deal in den USA, das heißt die – wenn auch begrenzte – progressive Transformation vom privatmonopolistischen Kapitalismus zu einem mehr oder weniger sozialstaatlich regulierten Kapitalismus. Und zu analysieren ist die Zustimmung eines Teils der US-Machtelite zu den Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen der 1980er und 1990er Jahre in Abkehr von dem bis dahin absolut dominierenden Prinzip, eigene Sicherheit durch militärische Überlegenheit über den Gegner und notfalls durch Krieg zu gewinnen.

Beide Prozesse waren tiefe Einschnitte in der Entwicklung des Kapitalismus, die Teilen des herrschenden Blocks abverlangten, über den eigenen kapitalistischen Schatten zu springen. Beide Einschnitte wurden nach einem längeren Zeitraum teilweise wieder zurückgenommen oder durch restaurative Gegentendenzen überlagert. Beide Umbrüche haben gleichwohl die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften verändert, wirken fort und bieten Ansätze für abermalige progressive Transformationsprozesse. Beide Prozesse ermöglichen Untersuchungen zur inneren Differenzierung im herrschenden Block und zur Reformfähigkeit in den kapitalistischen Machteliten.